

AUFRUF

Sie - die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen im 20. Deutschen Bundestag - laden wir hiermit ein:

Werden Sie » ernährungsdemokratisch « aktiv!

Setzen Sie einen starken Hebel an für den nachhaltigen Wandel unseres Landwirtschafts- und Ernährungssystems und stärken Sie zugleich das Vertrauen in die Demokratie.

Wie das? Mit Ihrer Beauftragung eines bundesweit ausgelosten Bürgerrats, der die aktuelle Debatte über „wahre“ Preise deliberativ¹ demokratisch fortsetzt!

Das Heft des Handelns...

Der Handlungsdruck ist groß. Zweifel daran lassen weder das Karlsruher „Klimaschutzurteil“ noch die in vielen Bereichen kritische Verletzung planetarer Belastungsgrenzen. Wir dürfen nicht dulden, dass unser Landwirtschafts- und Ernährungssystem daran weiter so stark beteiligt bleibt wie bisher!

Zum Handeln zwingt auch die soziale Spaltung der Bevölkerung. Denn sie ist eine der Hauptursachen für beklagenswerte Vertrauensverluste: Nach einer repräsentativen Umfrage vom Oktober 2021² vertrauen nur noch 50 Prozent der Bundesbürger:innen auf die Demokratie!

...liegt in Ihrer Hand!

Hoffnung gibt der im Koalitionsvertrag erklärte Wille, die nachhaltige Transformation von Landwirtschafts- und Ernährungssystem ab sofort ressortübergreifend voranzutreiben. Ebenso wie der dort festgehaltene Plan, Bürgerräte einzusetzen und sich mit ihren Empfehlungen eingehend zu befassen. Dazu passt, dass 71 Prozent der Bürger:innen nach der oben erwähnten Umfrage auch während der Wahlperiode effektiv an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt sein wollen. Das ist definitiv das Gegenteil von allgemeiner Demokratiemüdigkeit!

Unser Vorschlag ist ein bundesweit geloster Bürger:innenrat:

Bitte beauftragen Sie in diesem Jahr einen bundesweit gelosten Bürger:innenrat mit der Bearbeitung dieser Leitfrage:

„Was ist uns unser Essen wert? - Die Preisfrage für Menschen, Tiere und Natur.“

Diese Frage ist polarisierend. Das ist gewollt. Die um die Jahreswende vom neuen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir angestoßene Debatte über Lebensmittelpreise machte erneut deutlich: Essen ist politisch. Erst recht der Preis unseres Essens! Und oft genug geht es dabei um widerstreitende Interessen und Zielkonflikte.

Von einem Bürger:innenrat erwarten wir Antworten, die zu dem dringend notwendigen neuen „kulinarischen“ Gesellschaftsvertrag beitragen und durch die praktizierte „Ernährungsdemokratie“

¹ Deliberative Demokratie gibt der öffentlichen Beratung, der Teilhabe der Bevölkerung am Diskurs über alle politischen Themen und damit der politischen Willensbildung der Bürger:innen großes Gewicht.

² www.koerber-stiftung.de/vertrauen-in-demokratische-institutionen-schwindet-2509

dem Bundestag den Weg für weitreichende Beschlüsse ressortübergreifender Agrar- und Ernährungspolitik ebnen helfen könnten!

Jahrzehntelang war die Agrarpolitik einseitig auf Produktivitätssteigerung, den Wettbewerb auf globalen Märkten und billige Lebensmittel gerichtet, nicht auf im Wortsinn „preiswerte“ Lebensmittel. Die sozialen Folgen – Höfesterben, Ausbeutung von Saisonarbeiter:innen, ungerecht verteilter Zugang zu nachhaltig produziertem Essen, Diskriminierung marginalisierter Gruppen – nimmt man bis heute in Kauf. Ebenso die Externalisierung der Kosten globaler Umweltzerstörung, das dramatische Artensterben und nicht zuletzt die Missachtung von Tierschutzgesetzen.

Unsere Wahl der Fragestellung war ein intensiver Abwägungsprozess möglicher thematischer Ausrichtungen. Wie setzt man wirksame Hebel an bei großen Zielen wie Natur- und Umweltgerechtigkeit, „Enkeltauglichkeit“ oder sozialer Gerechtigkeit? Die Preisfrage wurde dafür schließlich im Diskurs mit einer Reihe von Expert:innen als zentral eingeschätzt. Gemeinsam trauen wir ihrer differenzierten Beantwortung erhebliche transformatorische Hebelwirkung zu, die uns zudem vor hohen Folgekosten bewahren wird. Denn nichts sei teurer, als so weiterzumachen wie bisher, mahnt der Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL).

Wir sind sicher, dass die akuten Krisen von Klima und Artenvielfalt, von falscher und Mangelernährung nicht durch die irreführende Gegenüberstellung von freiem Markt und zentraler Preissetzung bewältigt werden können. Nachhaltigkeitspolitik wird entweder sozial gerecht gestaltet oder, sie wird sich nicht durchsetzen. Damit geht übrigens das Erfordernis einher, Sozialpolitiker:innen von vorneherein in die Planung, auch dieses Bürger:innenrats, einzubeziehen. Die Notwendigkeit ressortübergreifender Zusammenarbeit liegt auf der Hand (z.B. Themen wie Bürger:innengeld, bezahlbares Wohnen, Ernährungsbildung in Kitas und Schulen).

Was genau ist ein Bürgerrat und was ist sein „Mehrwert“ für die Demokratie?

Bürger:innenräte gehen auf die losbasierte Auswahl der Teilnehmenden zurück. Ein „Mini-Deutschland“ kommt zur Deliberation zusammen, d.h. für den Austausch von Argumenten unter Gleichberechtigten.

Das ist das Spannende und zugleich Basisdemokratische dieses Instruments: Zufällig aus einem Bevölkerungsquerschnitt ausgewählte Bürger:innen sind ohne weitere Voraussetzungen eingeladen, ihre Alltagsauffassung wie hier zu Lebensmittelpreisen als eminent politisch verstehen zu lernen, im machtfreien Diskurs mit Andersdenkenden zu messen und gemeinsam zu politisch relevanten Schlüssen zum Thema zu kommen. Und dies ohne den Einfluss von Lobbyist:innen und frei von parteipolitischen Vorgaben.

Ein Erfolgskonzept, das allerdings nicht ohne die kundige Vorbereitung seitens der Auftraggeber:innen auskommt. Was die Zusammenarbeit mit entsprechend erfahrenen Moderations- und Prozessbegleitungsprofis voraussetzt, ebenso wie Inputs von solchen Expert:innen der jeweils fragten Fachgebiete, die nachweislich auch Laien ihren teils komplexen Stoff verständlich vermitteln können. Derart sorgfältig kuratierte fachliche Inputs und das moderierte Gespräch darüber ermöglichen neue Ein- und Ansichten der Beteiligten und am Ende konkrete konsensuale oder Mehrheitsempfehlungen an die Politik.

Wie ausgesprochen überzeugend die Wirkung deliberativer Verfahren sein kann, zeigen Bürgerräte wie die in Irland. Sie konnten Referenden zur gleichgeschlechtlichen Ehe und zum Abtreibungsrecht zu einem positiven Abstimmungsergebnis führen. Auch Beteiligte an Bürgerräten in Deutschland berichten, ihr Gefühl für ihre gesellschaftliche Verantwortung sei durch die Mitwirkung geweckt worden und habe sie sogar zu dauerhaftem politischen Engagement motiviert.

Bürger:innenräte wirken direkt in die Wohnzimmer und Küchen!

Unser Vorschlag zielt also einerseits auf das gestärkte Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie ab, auf die Stärkung von demokratischen Institutionen und auf die des Systems Demokratie. Andererseits darauf, dass in der Gesellschaft ein informiertes Verständnis der wahren Preise für sozial und ökologisch nachhaltig produzierte Lebensmittel wächst und Zutrauen entsteht, dass der Zugang zu diesen sozial gerecht ermöglicht wird. Damit wird zugleich einem Wandel zu nachhaltiger Ernährung der Boden bereitet.

Entscheidend für den Erfolg ist aber schließlich die Befassung des Bundestages mit den Empfehlungen des Bürger:innenrats. Erst die Umsetzung wird das gegebenenfalls neu gefasste Vertrauen der Teilnehmer:innen in Politik und Demokratie auch langfristig rechtfertigen können!

Sie...

als gewählte Volksvertreter:innen - in Regierung, Fraktionen und Fachausschüssen - können jetzt die Avantgarde sein, die das Mittel der Deliberation als Demokratieverstärker wiederentdeckt und nutzt. Eine gute Gelegenheit, zugleich Vorreiter zu werden für den von der Bevölkerung mehrheitlich gewünschten, nachhaltig geprägten und global gerechten Wandel der Agrar- und Ernährungspolitik!

Wir...

sind Vertreter:innen des Netzwerks der Ernährungsräte im deutschsprachigen Raum. Darin wirken fast 80 zivilgesellschaftliche, lokal ernährungspolitisch arbeitende Initiativen aus der D-A-CH-Region zusammen. Vor etwa drei Jahren begann eine Arbeitsgruppe aus mehreren Ernährungsräten, sich mit einem jüngst wiederbelebten Instrument der Demokratie zu befassen, nämlich mit Bürger:innenräten! Anhand von Beispielen (u.a. aus Irland, Frankreich und dem ersten bundesweiten „Bürgerrat Demokratie“ 2019) lernten wir, dass sie besonders geeignet sind, polarisierende Fragestellungen des Alltagslebens zu erörtern und daraus sachdienliche Politikempfehlungen für die Parlamente zu erarbeiten.

Sie mit uns, wir für Sie:

Bitte sprechen Sie mit uns über unseren Vorschlag! Wir stehen Ihnen gern für weitere Auskünfte und zum Gespräch zur Verfügung. Kontaktieren Sie uns über:

auf Ruf-buergerinnenrat@ernaehrungsraete.org

Zu Ihrer Unterstützung halten wir die Ergebnisse unserer Machbarkeitsanalyse³ zur Durchführung des vorgeschlagenen Bürger:innenrats bereit, ebenso wie eine kommentierte Liste zu ‚preis‘relevanten Themen und Expertisen zur o.g. Kernfrage.

Für das Netzwerk der Ernährungsräte:

Gundula Oertel, Henrike Rieken (beide Berlin), Susanne von Münchhausen (Frankfurt), Andreas Dilger (Freiburg), Valentin Thurn (Köln), Joerg Weber (Frankfurt), Clara Dorn (Köln), Mick Petersmann (Hamburg)

19. Februar 2022

³ Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Laufzeit: 10/21 – 02/22